

# NACHRICHTEN

## TRAKTOREN

### FLEXIBEL STINKEN

**Bessere Abgaswerte für Traktoren bleiben weiterhin in der EU-Warteschleife.**

Traktoren wiesen bis dato keine strenge Abgastechnik aus. Abhilfe hätte der EU-Abgasgrenzwert III B schaffen sollen, der gestaffelt nach kW-Kategorien zwischen 1. Jänner 2011 und 1. Jänner 2013 im EU-Binnenmarkt verbindlich geworden wäre. Der Übergang auf III B hätte vor allem den Feinstaubausstoß um den Faktor 10 vermindert. Dies wird nun durch eine „Flexibilitätsklausel“ für weitere drei Jahre verwässert. Die EU-Landwirtschaftsminis-



Traktoren stinken länger

ter einigten sich darauf am 19. Juli 2011 nach erster Lesung im EU-Parlament. Demnach dürfen Hersteller 40 Prozent ihrer Traktoren-Produktion auf Basis des Durchschnitts der letzten fünf Jahre weiterhin mit veralteter Abgastechnologie auf den Markt bringen. Problematisch ist dabei, dass diese abseits der Landwirtschaft zunehmend im Gewerbebereich auch mit LKW in Konkurrenz

## Verpackungssammlung

### EU ERMITTELT GEGEN ARA

Die EU-Kommission hat ein förmliches Missbrauchsverfahren gegen das Verpackungssammelsystem ARA eröffnet. Der Vorwurf: ARA könnte Wettbewerber daran hindern, in die Märkte für das Management von Haushaltsverpackungsabfall und von gewerblichem Verpackungsabfall einzutreten bzw. ihre dortigen Positionen auszubauen. <http://europa.eu/rapid> **HO**

treten. Zum Vergleich: Neue LKW (Euro V) emittieren um das zehn- bis 20-fache weniger an Feinstaub als Traktoren mit alten Emissionsgrenzwerten (III A). Traktoren haben jedoch u.a. Dank laxer Abgasvorschriften beim Anschaffungspreis die Nase vorne. **FG**

## KLIMASCHUTZGESETZ

### SYMBOLISCHE POLITIK

**Noch als Landwirtschaftsminister schickte Josef Pröll den Entwurf für ein „Klimaschutzgesetz“ in Begutachtung.**

Zweck: die Verantwortlichkeit für die Erreichung der Klimaziele sollte endlich gesetzlich verankert werden. Die damalige Version wurde von den Ländern abgelehnt, da sie finanzielle Belastungen auf sich zukommen sahen. Der nun

amtierende Landwirtschaftsminister hat dem Entwurf die letzten Zähne gezogen und ihn in den Nationalrat eingebracht. Im Wesentlichen bestimmt das Gesetz, dass Bund und Länder Verhandlungen über Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele aufnehmen müssen; die Länder müssen für die Verfehlung des Kyotoziels aber nichts zahlen. Zwei neue

Beiräte werden geschaffen, und die Sozialpartner bemühen sich, in dem gewichtigeren der beiden Sitz und Stimme zu bekommen. Während der Landwirtschaftsminister das Gesetz als wirksames Mittel zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen sehen will, fürchten manche, dass es sich als wirkungsloses Placebo herausstellen wird. **CS**



Ruderboot: Kein Problem mit den Abgasen

## FREIZEITBOOTE

### ÖKOLOGISCH ÜBERS WASSER?

Motorboote für Sport und Freizeit mit einer Rumpflänge bis zu 24,5 Meter sowie Jet Skis sollen die Belastung für die Umwelt mindern. Dies sieht ein im Juli beschlossener Richtlinienentwurf der EU-Kommission („Sportboot-Richtlinie“) vor. Demnach soll durch die Harmonisierung mit US-Standards der Ausstoß von Kohlenwasserstoffen und Stickoxiden um 20 Prozent und bei Partikeln um 34 Prozent gesenkt werden. Allerdings bekommen Hersteller eine „Milderung“ von bis zu sechs Jahren nach Inkrafttreten der Richtlinie in Form einer „Flexibilisierung“ der Abgaswerte zugestanden. Bei den Lärmemissionen konnte sich jedoch die EU-Kommission zu keinen strengeren Werten durchringen, um Herstellern „unverhältnismäßige“ Entwicklungskosten zu ersparen. Sie verweist auf die Möglichkeit für Mitgliedstaaten, eine Lärmreduzierung durch abgestimmte Maßnahmen (z. B. Tempolimits) in bestimmten Regionen erzielen zu können. **FG**

FOTOS: SCHÜH 3)

**Wirtschaft & Umwelt ist umgezogen!**

Sie finden uns im Web nun unter der neuen  
Adresse: [www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

## EMISSIONSZERTIFIKATE FLEXIBLE RESERVE ALS BEIHILFE?

Mit dem EU-Klima- und Energiepaket von April 2009 wurde unter anderem der EU-Emissionshandel ab 2013 geregelt.

Dies soll nun mit einer Novelle des Emissionszertifikatesgesetzes (EZG) in österreichisches Recht umgesetzt werden. Brisant dabei: In der laufenden Periode wurde „neuen Marktteilnehmern“ ein Vorschuss an Emissionsrechten gewährt, die der Bund in der Folgeperiode zurück haben wollte. Dies wurde als „flexible Reserve“ bezeichnet. Nutznießer der flexiblen Reserve sind vor allem drei EVU, die neue Gaskraftwerke gebaut hatten. Die Rückzahlung – es handelt sich um etwa 90 Millionen Euro – funktioniert nun aber nicht wie vorgesehen, da

[www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

ab 2013 nicht mehr Österreich, sondern die EU-Kommission die Zertifikate zuteilt. Wenn die begünstigten Unternehmen den Vorschuss aber nicht zurückzahlen, dürfte dies als unzulässige Beihilfe einzustufen sein. Daher hat die AK in einem Brief an die Abgeordneten eine andere Lösung des Problems gefordert. **cs**

## PKW-EMISSIONEN

### ÖKOMASCHERL FÜR PS-BOLIDEN

In Deutschland soll analog zur Regelung bei diversen Elektrogeräten auch für PKW ein Öko-Label eingeführt werden.

An und für sich eine gute Idee, so gibt es laut Verkehrsclub Deutschland besonders bei deutschen Herstellern wenig ökologische Fahrzeuge. Nach

## KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



## KOMMENTAR VON THOMAS RITT BLUTWURST UND BODEN

Ein interessantes Motto hatte das Erntedankfest des Wiener Bauernbundes: „Essen ist Heimat!“ Im ersten Moment bleibt man etwas sprachlos zurück mit dem Gedanken: Essen ist Heimat – und was ist dann Ausland – etwa das Endprodukt von Essen?

Nun gut, so schlendert man weiter übers Erntedankfest mit dem praktisch-heimischen Plastikbierkrug in der Hand und sinniert über die Heimat: Berlakovich sagt, dass unsere Agrarexporte um 21 Prozent gestiegen sind – ein „All Time High“; noch mehr „Rind- und Schweinefleisch, Käse sowie Obst und Gemüse“ an Ausländer verkauft – haben offensichtlich keine eigene Heimat diese Ausländer - vaterlandslose Gesellen sozusagen, die müssen ja unsere kaufen! „Essen ist Heimat!“ – und wir verscherbeln unsere für ein paar Silberlinge ...

Schaut so aus, als ob diese „Blutwurst und Boden“-Mentalität zu nichts Sinnhaftem führt. Die Realität ist auch viel komplexer als bodenständige Marketingprüche: Heimisches Essen aus Intensivlandwirtschaft ist meist gut, hat aber oft auch negative Auswirkungen auf Grundwasser, Artenvielfalt und Bodenqualität. In vielen Bereichen

wird auch Fleisch so erzeugt, dass man mit gutem Recht von Tierquälerei reden kann. Auch ist trotz vielen Marketings dafür regionale Erzeugung nicht immer besser für die Umwelt. Wer etwa mit Importsoja mästet, vervielfacht die Transportwege und damit die Umweltbelastung im Vergleich zu importiertem Fleisch. Und wer glaubt, dass Tiroler Schinkenspeck aus alpinen Schweinen gemacht werden muss, findet sich ganz schnell in holländischen Zuchtbetrieben wieder.

Wer „Heimat“ achtet und sie erhalten will, muss auf „Heimat“ Rücksicht nehmen und auch einmal einen Profit liegen lassen. Auch bei der Produktion. Niemand erwartet ernsthaft, dass so produziert wird wie in den diversen Werbespots von Bauer und Schweinderl. Aber ein bisschen weniger, z. B. Roundup Spritzmitteleinsatz oder Widerstand gegen das Verbot quälerischer Muttersauhaltung, darf's für die Heimat schon sein.



\* Mag. Thomas Ritt ist Volkswirt, Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr in der AK Wien und leitet die Redaktion von Wirtschaft & Umwelt.



## AUF EINEN BLICK EU, EUROPA UND DIE GANZE WELT

**Messungen des Schweizer Forschungsinstituts EMPA** haben ergeben, dass die Industrie weitaus mehr an klimaschädlichen fluorierten Gasen ausstößt als in den Klimaberichten angegeben wird. Diese Schlussfolgerung basiert auf den in der Atmosphäre gemessenen Mengen dieser so genannten F-Gase. In Italien, einem der größten Produzenten solcher F-Gase, dürfte zehnbis zwanzigmal so viel emittiert werden als offiziell angegeben wird.

**Auf dem Luftwaffenstützpunkt Los Angeles** sollen im Lauf des kommenden Jahres alle Autos und Busse durch Plug-In-Elektrofahrzeuge ersetzt werden. Das US-Verteidigungsministerium will diesem Pilotprojekt weitere folgen lassen. Die Initiative ist ein Beispiel für die Unterstützung nachhaltiger neuer Technologien durch die US-Verwaltung.

**Das sechste Umweltaktionsprogramm der EU** endet 2012. Die EU-Kommission hat nun eine rückblickende Bewertung veröffentlicht, die Fortschritte in der Umweltpolitik,

aber Schwächen in der Umsetzung feststellt. Zu den größten Erfolgen zählt die Kommission die Ausdehnung des Natura-2000-Netzes auf beinahe 18 Prozent der EU, die Einführung einer umfassenden Politik für Chemikalien und die Maßnahmen zum Klimaschutz. Mangelhafte Umsetzung wird vor allem in den Bereichen des Artenschutzes, der Qualität der Böden und Gewässer und der Verringerung des Ressourcenverbrauchs kritisiert.

**Eine Studie des Internationalen Instituts für Umwelt und Entwicklung** (www.iied.org), die kürzlich erschienen ist, ging der Frage nach, wie sich die steigende Nachfrage nach Biokraftstoffen auf die Landnutzung in Entwicklungsländern auswirkt. Die Studie zeigt, dass insbesondere in Ländern mit gesetzlich schwach verankerten Rechten an der Landnutzung der Landraub zunimmt. Traditionelle Landnutzung wird zugunsten des Anbaus von Holzplantagen und anderen Ausgangsstoffen für Bioenergie gewaltsam verdrängt – mit allen negativen sozialen Folgen, die das für die bisherigen Nutzer bringt. **CS**

den Plänen der schwarz-gelben deutschen Bundesregierung soll allerdings nicht nur der eigentliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß in die Berechnung einfließen, sondern auch das Gewicht des Fahrzeugs. Ergebnis: bei gleicher Ökoklasse darf z. B. ein schwerer SUV weitaus mehr Kraftstoff verbrauchen als ein leichter Stadtfliker. Gleiches trifft selbst auf den Kampfpanzer Leopard und den „Smart mhd“ (Micro Hybrid Drive) zu: Beide fallen in dieselbe Effizienzklasse. Die Hersteller von Bonzenkarren und PS-Proترزchüsseln freud dies natürlich. Ein Etikettenschwindel bei dem die Umwelt auf der Strecke bleibt. Linktipp: [www.autobild.de/artikel/oeko-label-fuer-neuwagen-1246271.html](http://www.autobild.de/artikel/oeko-label-fuer-neuwagen-1246271.html) **GL**

## KÜHLSCHRANKPICKERL GELDER AUFGETAUT

**Rund 20 Millionen Euro wird das Umweltforum Haushalt (UFH) an die Republik Österreich rücküberweisen.**

Zudem wird das UFH noch rund zehn Jahre solche Pickerl oder Gutscheine von KonsumentInnen einlösen. Das soll ein Vertrag zwischen UFH und der Republik auf Basis des im Juni beschlossenen Kühlschrankschrankpickerlgesetzes regeln. An sich hat das Kühlschrankschrankpickerlssystem schon mit der Erlassung der Elektroaltgeräteverordnung seinen Sinn verloren und wäre abzuwickeln gewesen. Da das Umweltministerium seiner Verantwortung nicht nachkam, bemühte sich die AK um eine

**Wirtschaft & Umwelt ist umgezogen!**

Sie finden uns im Web nun unter der neuen Adresse:  
[www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

gesetzliche Lösung. „Ohne den Druck der AK wären die Gelder in den Kassen des Umweltforum Haushalt verblieben und 2035 ins reguläre Eigentum dieser Privatgesellschaft übergegangen“, so AK-Umweltexperte Werner Hochreiter. Spätestens



**Länger Geld fürs Pickerl**

ab 2020 wird das Finanzministerium die Rückzahlungsaktion selber weiterführen oder einen Dritten, etwa den Verein für Konsumenteninformation, damit beauftragen. **HO**

## INFRASTRUKTURENAT

### FRAGWÜRDIGE PARALLELAKTION

**Über UVP-Bescheide des BMVIT für Bahn- und Straßenprojekte muss eine Rechtsmittelinstanz wachen.**

Das hat der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) entschieden. Das sollte der Umweltsenat sein. Rechtlich ist das ein Trapezakt durch „Nichtanwendung von

## Plastiksackerl - Nein danke!

350 Millionen Einkaufssackerl verbraucht Österreich jährlich. Ein Wettbewerb will das ändern. Infos: [www.umweltberatung.at/wettbewerb](http://www.umweltberatung.at/wettbewerb) Teilnahmeschluss: 15. Jänner 2012.





UVP-Recht“ im Dienste der EU-Konformität. Dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) hat das nicht gefallen: es hat dafür einen fragwürdigen „Infrastruktursenat“ im eigenen Haus erdacht. Während dieser Vorschlag als Initiativantrag, also ohne Begutachtung, im Parlament eingebracht wurde, hat der Verfassungsgerichtshof (VfGH) erkannt, dass eigentlich der VwGH selbst – auch unter „Nichtanwendung von geltendem Recht“ – intensiver und daher EU-konform prüfen sollte. So wären doch alle Probleme gelöst. Dass ein fachlich und rechtlich kompetenter Umweltsenat vorhanden, rasche Rechtssicherheit wichtig, der VwGH schon jetzt so überlastet ist, dass eine Verwaltungsgerichtsreform unmittelbar ansteht, dass für diese komplexen Verfahren hohes Umwelt-Fachwissen im VwGH erst aufgebaut werden müsste – das alles spielt bei dieser Lösung keine Rolle. **MI**

## HOCHWASSER

### HORA 2.0 ONLINE

Seit Mitte Juli ist die neue Version der digitalen Hochwasser-Gefahrenlandkarte im Internet.

Die Hochwasserrisikozoneierung Austria HORA hat in der Online-Version HORA 2.0 eine verbesserte Oberfläche und deckt mehr Naturgefahren als bisher ab. Jeder kann sich in die digitale Gefahren-Landkarte einklicken und die Gefährdung des eigenen Hauses oder Grundstückes in Bezug auf Hochwas-

ser, Erdbeben, Sturm, Hagel und Schnee erkennen. Rund 200.000 Gebäude sind derzeit in Österreich hochwassergefährdet. Das sind zehn Prozent des Gesamtbestandes. Für die



### Hochwasservorschau

Versicherungswirtschaft sind Naturgefahren derzeit nicht in ausreichenden Summen versicherbar. Sie würde gerne eine mehrere Naturgefahren abdeckende Mehrfachversicherung anbieten, die es aber noch nicht gibt. Als nicht ausreichend kritisiert die AK die Umsetzung der EU-Hochwasserschutzrichtlinie in Österreich im Wege von Vorsorgemaßnahmen des Bundes und der Länder. [www.hora.gv.at](http://www.hora.gv.at) **HO**

## SCHWEIZ

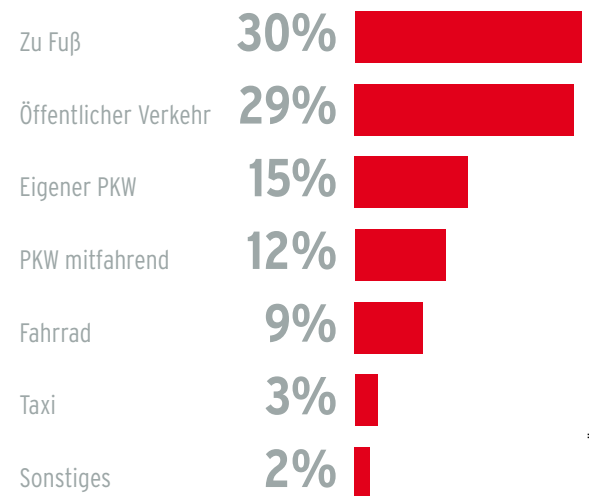
### LITTERING KOSTET

Die durch Littering verursachten Reinigungskosten im öffentlichen Raum der Schweiz liegen bei rund 160 Millionen Euro pro Jahr.

Das zeigt eine kürzlich vom Schweizer Bundesamt für Umwelt veröffentlichte Studie. Littering, das unbedachte oder absichtliche Fallen- und Liegenlassen von Abfall unterwegs, stört und beeinträchtigt die Lebensqualität sowie das Sicherheitsgefühl im öffent-

## WIRTSCHAFT & UMWELT INFO-GRAFIK

### ANREISE ZUM BAHNHOF



Quelle: VCÖ Bahntest 2011

Mehr als zwei Drittel der im Rahmen des „Bahntest 2011“ des Verkehrsclub Österreich (VCÖ) 12.750 befragten Bahnfahrenden kommen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Rad oder zu Fuß zum Bahnhof. Demnach sind die Bahnfahrenden nicht nur bei der Reise, sondern auch bei der Anreise umweltfreundlich unterwegs – oder sie haben einfach kein Auto zur Verfügung. Tatsache ist, dass sich sechs von zehn Befragten mehr Zugverbindungen wünschen, jeder Zweite ein besseres Zugangebot am Abend will. Die Fahrgäste sehen auch bei den Regionalverbindungen einen großen Aufholbedarf. Kein Wunder, haben doch erst im vergangenen Jahr die ÖBB verschiedene Regionalstrecken z. B. an das Land Niederösterreich verkauft. Dieses hat dann viele dieser Strecken stillgelegt oder bestenfalls durch räumlich, zeitlich und ökologisch schlechtere Buslinien ersetzt. **LEI**

## SCHWEINE

### ARTGERECHTE HALTUNG?

Die Haltung von Zuchtsäuen in Kastenständen entsprechend der 1. Tierhaltungsverordnung ist mit massiver Einschränkung der Bewegungsfreiheit verbunden. Dies ruft Schmerzen, Schäden und Tierleid hervor und wird den Intentionen des Tierschutzgesetzes nicht gerecht. Schon 2010 stellte die Volksanwaltschaft in einem amtswegigen Prüfungsverfahren fest, dass diese Form der Haltung nicht gesetzeskonform ist. Da das zuständige Gesundheits- und das Landwirtschaftsministerium zu keiner Einigung kommen, wird die Volksanwaltschaft nun den Verfassungsgerichtshof mit dieser Frage befassen. **HO**

**Wirtschaft & Umwelt ist umgezogen!**  
 Sie finden uns im Web nun unter der neuen  
 Adresse: [www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

lichen Raum und verursacht den Gemeinden Mehrkosten. Erstmals wurden für die Schweiz die durch Littering im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln verursachten Reinigungskosten systematisch erhoben. Die Berechnungen basieren auf einer repräsentativen Erhebung in 40 Gemeinden im Zeitraum von Juni bis September 2010 bzw. auf Auskünften von neun öffentlichen Verkehrsbetrieben. Von den Gesamtkosten entfallen etwa 150 Millionen Euro auf die Gemeinden und rund 40 Millionen Euro auf den öffentlichen Verkehr. Die Hauptfraktionen Take-away-



**Bericht MONE 2011**

**NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**

Der Monitoring-Bericht Nachhaltiger Entwicklung (MONE) 2011 liegt vor: Positive Trends gibt es bei Lebenserwartung, Bildung, Forschung, Kultur, Einbrüche bei Arbeitslosenquote, BIP und Kaufkraft. Ressourcen- und Flächenverbrauch oder Emissionen steigen weiter. [www.nachhaltigkeit.at](http://www.nachhaltigkeit.at) **HO**

Verpackungen, Getränkebehälter, Zeitungen und Flyer sowie Zigaretten verursachen den überwiegenden Teil der Kosten. [www.bafu.admin.ch](http://www.bafu.admin.ch) **HO**

**GENTECH-HONIG NUR MIT PRÜFUNG UND ZULASSUNG Laut EuGH-Urteil (C-442/09) braucht gentechnisch kontaminierter Honig eine Zulassung.**

Experten sehen das EuGH-Urteil zu Gentech-Honig (C-442/09) als schallende Ohrfeige für die EU-Kommission. Denn die lasse nichts unversucht, um der Gentechnik zum Durchbruch zu verhelfen. Vor kurzem hat die Kommission den Grenzwert für gentechnische Verunreinigungen in Futtermitteln auf 0,1 Prozent erhöht. Demnächst soll das auch für Saatgut kommen, um von der bisher geltenden Nulltoleranzgrenze wegzukommen. Auch im Verfahren hat die Kommission argumentiert, dass der streitgegenständliche Honig, der Pollen des Gentech-Maises MON 810 enthält, keiner Zulassung bedürfe, weil der Pollen unbeabsichtigt und ohne menschliches Zutun in den Honig gelangt sei. Dem hat der Gerichtshof nun einen Riegel vorgeschoben. MON 810 hat nur eine Zulassung für die Verwendung in Futtermitteln und einigen bestimmten Lebensmitteln, nicht aber für Honig. Dass vorab eine Sicherheitsüberprüfung und eine gentechnische Zulassung als Lebensmittel nötig sind, könnte dazu führen, dass bis



**ENERGIE: VIELE GUTE TIPPS GASPREISRECHNER**

Laut AK sind die Gaspreise in Österreich schon seit Jahren zu hoch. Die Versorger geben die Senkung der Großhandelspreise nicht oder nur zögerlich, Erhöhungen hingegen schnell an die KonsumentInnen weiter. Die AK sieht sich durch die aktuellen Razzien der EU-Kommission wegen des Verdachts auf Kartellabsprachen bestätigt. Die jüngsten Gaspreiserhöhungen verursachen pro Familie im Jahr 160 Euro an Mehrkosten. Die AK verlangt ein Ende der Bindung des Gaspreises an den Ölpreis. Als Sofortmaßnahme sollen die Versorger günstigeres Gas, das nicht an den Ölpreis gekoppelt ist, zukaufen. Persönlich kann man beim Kochen und Heizen sparen – siehe: [www.arbeiterkammer.at/bilder/d46/Energiesparbroschure.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d46/Energiesparbroschure.pdf) – bzw. mit dem Gaspreisrechner den günstigsten Anbieter aussuchen: [www.arbeiterkammer.at/rechner.htm](http://www.arbeiterkammer.at/rechner.htm) **LEI**

zu 30 Prozent des in Europa erzeugten Honigs aus den Regalen genommen werden muss. Honig aus Drittländern – vor allem aus Amerika – könnte völlig verschwinden. Denn dort kommt Gentechnik in der Landwirtschaft viel häufiger vor. Laut einem Medienbericht sehen die großen Lebensmittelhandelsketten SPAR und REWE ihre Produkte nicht betroffen. Nur 50 Prozent des

in Österreich konsumierten Honigs stammen aus inländischer Produktion. **HO**

**SOZIALPARTNER MEHRWEG UND WETTBEWERB**

**Vorschläge der Sozialpartner zur Verbesserung der ökologischen Performance von Getränkeverpackungen.**

**Appetit auf Klimaschutz?**

Klimafreundliche Rezepte mit heimischen Bio-Zutaten der Saison für das ganze Jahr gibt es im Kochbuch „Aufgedeckt! Appetit auf Klimaschutz“ bei: [www.umweltberatung.at](http://www.umweltberatung.at) [www.rezepte.umweltberatung.at](http://www.rezepte.umweltberatung.at)

**Wirtschaft & Umwelt ist umgezogen!**  
Sie finden uns im Web nun unter der neuen Adresse: [www.ak-umwelt.at](http://www.ak-umwelt.at)

Im Mittelpunkt der Vorschläge von Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, Wirtschaftskammer und Österreichischem Gewerkschaftsbund stehen die Attraktivierung von Mehrwegflaschen, die Steigerung der Recyclingquoten und die Bekämpfung des Wegwerfens von Müll in öffentlichen Räumen und in der Natur. Damit erfüllen die Sozialpartner das Ersuchen des Parlaments vom Jänner 2011, zu diesen seit Jahren umstrittenen Themen Konsensvorschläge vorzulegen. Hand in Hand mit dem Sozialpartnerbericht wurde eine Selbstverpflich-



**Schlechte Performance**

tung der Wirtschaft, insbesondere des Handels und der Industrie, entwickelt, die die Basis für die Umsetzung aller vorgeschlagenen Maßnahmen bietet. AK Direktor Werner Muhm: „Wird unser Maßnahmenbündel umgesetzt, ist eine Trendumkehr Richtung Mehrweg möglich.“ Schließlich sprechen sich die Sozialpartner auch für mehr Wettbewerb in der Verpackungsentsorgung und für eine Öffnung des Marktes für haushaltsnahe Sammelsysteme aus. Konkret soll die Bundeswettbewerbs-

**Wirtschaft & Umwelt ist umgezogen!**

Sie finden uns im Web nun unter der neuen Adresse:  
**www.ak-umwelt.at**

behörde Abstimmungsgespräche zwischen den auf den Markt drängenden Anbietern und dem derzeit bestehenden ARA-System in Gang setzen. **HO**

**EU-AGRARPOLITIK**

**GEGRÜNTE LANDWIRTSCHAFT**

**Ab 2013 werden von den Bauern mehr Umweltleistungen gefordert als bisher.**

Dies sieht der Entwurf zur Reform der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ vor, der unter anderem die Förderungen für Landwirte für die Zeit von 2013 bis 2020 regelt. Die Direktzahlungen werden nun in allen Mitgliedstaaten gleich geregelt. Entgegen den Erwartungen hat die Kommission nun die Umweltleistungen als Verpflichtung, nicht nur als Option, ausgestaltet. Drei Bedingungen müssen die Bauern erfüllen, wenn sie Direktzahlungen erhalten wollen: Sie müssen mindestens drei verschiedene Feldfrüchte anbauen (Verbot von Monokulturen), der Betrieb muss über eigene Grünlandflächen verfügen, und mindestens sieben Prozent der Ackerfläche müssen ungenutzt bleiben (Wiedereinführung von Brachflächen). **CS**

**Verkehrslärm macht krank**

In Wien fühlen sich laut Statistik Austria 755.500 Menschen durch Lärm in ihrem Wohnumfeld beeinträchtigt, davon geben 350.000 den Straßenverkehr als Hauptursache an. Dauerhafter Verkehrslärm macht krank. [www.vcoe.at](http://www.vcoe.at)

**INTERVIEW MIT MARTIN BLUM**  
**WIENER RADZUKUNFT**

**Immer mehr Wiener und Wienerinnen fahren mit dem Rad. Konflikte häufen sich, Lösungen sind gefragt. Ab 1. November 2011 bekommt Wien einen Radverkehrs-Beauftragten.**

**Wird das Rathaus zum Radhaus?**

**Blum:** Wien hat sich für die internationale VeloCity-Konferenz im Jahr 2013 beworben. Bei der Konferenz kommen ExpertInnen, WissenschaftlerInnen, MitarbeiterInnen von Stadt- und Regionalverwaltungen, die Fahrradbranche sowie NGO-VertreterInnen mit dem Schwerpunkt Radfahren zusammen. An den Konferenztagen könnte das Wiener Rathaus tatsächlich symbolisch zum Radhaus werden.

**Viel Geld gibt es für die neue Stelle ja nicht – also nur ein grüner Gag?**

**Blum:** Mit dem Radverkehrs-Beauftragten gibt es erstmals eine Person, bei der alle Belange des Radfahrens in Wien zusammenlaufen. Das ist ein großer Fortschritt, denn Radverkehrsförderung passiert nicht von alleine. Das Team besteht aus drei Personen, neben mir noch Susanne Reichard und Peter Eschberg. Wir drei werden fürs Radfahren in Wien kräftig zupacken.

**Wo liegen die Herausforderungen?**

**Blum:** Wie wir täglich unterwegs sind, ist viel Gewohnheit. Es wird darum gehen, die Wiener und Wienerinnen zum Radfahren einzuladen, das Radfahren schmackhaft zu machen. Gute Radverkehrsinfrastruktur ist ein Baustein dafür. Um Menschen zu gewinnen, sind aber auch Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit unverzichtbar. Mir ist ein zentrales Anliegen das Miteinander im Straßenverkehr zu stärken. Derzeit entsteht vielfach der Eindruck eines Gegeneinanders. Das gilt es zu ändern.

**Was haben Sie konkret vor?**

**Blum:** Bei mir sammeln sich schon zig Ideen, die ich gerne umsetzen will. Jetzt geht es in einem ersten Schritt darum, zu schauen, was schon alles geplant ist, und was möglich ist und dann geht es an die Umsetzung. Ein Internetportal als zentrale Anlaufstelle fürs Radfahren in Wien einzurichten ist mir ein erstes Anliegen.



\* **DI Martin Blum** ist Kulturtechniker, leitete die Abteilung Verkehrspolitik im Verkehrsclub Österreich (VCO) und wird ab 1. November 2011 Radverkehrs-Beauftragter Wiens.